

Mag. Rupert SCHMIDT

Normalisierung in der Krise.

Das Thema meines Referates geht auf eine These zurück, die ich bereits in meinem Buch "Die Paläste der Irren" aufgestellt habe. Sie lautet sinngemäß, daß zumindest in einzelnen Regionen und Bereichen der "österreichische Weg" im Umgang mit geistig behinderten Menschen langfristig zu einer Art "Dualem Betreuungssystem" führen dürfte. In der Praxis sieht ein solches Zweischichtensystem so aus, daß ein vergleichsweise kleiner Teil "integrationsfähiger" geistig behinderter Menschen in den Genuß von Lebensformen kommt, die in etwa denjenigen von nichtbehinderten Menschen entsprechen. Die meisten werden jedoch davon ausgeschlossen bleiben. Ihre vorherrschende Lebensform ist die Unterbringung in sogenannten "humanisierten" Heimen größeren und mittleren Umfanges. Ihre hauptsächliche Tätigkeit ist dort, wie gehabt, die Beschäftigungstherapie in all ihren Spielarten. Mit der Zeit wird es außerdem mit großer Wahrscheinlichkeit zu einer Konzentration alter, verhaltensauffälliger und schwer geistig behinderter Menschen in diesen Einrichtungen kommen.

Ein weiterer Punkt meiner "Prognose" betraf die speziellen Rahmenbedingungen, unter denen dieses Vorhaben in die Tat umgesetzt wird. Es ließen sich damals, vor etwa zwei Jahren, erste Anzeichen einer Entwicklung erkennen, die ich in meinem Buch als "Neokonservative Feigenblattpolitik" beschrieben habe. Charakteristisch äußert sich diese Politik in der Errichtung "Potemkinscher Dörfer", das heißt in Form einer herzeigbaren Hobby- und Freizeitlandschaft und der Einrichtung punktueller Mustereinrichtungen. Letztere Maßnahmen dienen offensichtlich dem Ziel, der Öffentlichkeit weiterführende Pläne in diese Richtung zu suggerieren. Hinter dieser Fassade ist jedoch wenig auszumachen, was sich in diesem Sinne interpretieren ließe. Die sogenannten Integrationskonzepte mancher Landesregierungen - um nur ein Beispiel zu nennen - sind an Dürftigkeit ja oft kaum noch zu überbieten.

Bei genauerer Betrachtung sind vielmehr bei den Projekten zur räumlichen Integration - also bei der Errichtung kleiner, "sozialverträglicher" Wohneinheiten - die Anzeichen von Stagnation nicht zu übersehen. Wien ist nur ein Beispiel dafür. Gleichzeitig ist bei den bestehenden großen und mittleren Einrichtungen nicht nur kein Abbau, sondern sogar ein Wachstum festzustellen. Auffallend sind die Bemühungen, solche Anstalten in der Öffentlichkeit als wohlausgestattete Plätze für schutzbedürftige Menschen hinzustellen. In diversen Publikationen zum eigenen Lob werden Freizeit-, Spiel- und Sporteinrichtungen, Therapieangebote usw., inklusive heiler Klientenwelt, in den - wortwörtlich- schönsten Farben dargestellt. Sogar manche als fortschrittlich und kritisch geltende Medien überwinden gelegentlich ihre sonstige Enthaltensamkeit, um sich für eine vermeintlich gute Sache einzuspannen zu lassen.

Die graue Realität einer Welt jedoch, in der vielleicht - wie es jetzt aussieht - drei Viertel der Menschen mit geistiger Behinderung tatsächlich zu leben haben werden, bleibt der Öffentlichkeit schonend verborgen. Die (Heim)Welt außerhalb des Paradieses der relativ wenigen Privilegierten, so wie sie sich bei genauerem Hinsehen in ihren gegenwärtigen Ausformungen darstellt, hat kaum wirklich menschliche Zukunftsperspektiven für ihre Mitglieder zu bieten. Die Werte, die hier zählen, können, schon von der Struktur dieser Lebensform her, notgedrungen nicht die gleichen sein wie diejenigen, die im "normalen" Leben von Bedeutung sind. Tendenziell geht es hier in erster Linie immer um Versorgung, um Anpassung, um Verwaltung und ähnliches und nicht um die Ausbildung von mehr Selbständigkeit, Selbstbestimmung und Unabhängigkeit. Soweit meine damaligen - und noch aktuellen - Befürchtungen.

Erklärtermaßen war meine Vermutung auch als Provokation gedacht gewesen. So erwartete ich mir vor allem deutliche Signale für die Richtigkeit oder Unrichtigkeit meiner Sicht der Dinge. Ich habe mir davon außerdem, wie mir heute scheint: naiverweise, ganz allgemein eine Belebung der Diskussion über die Zukunftsaussichten geistig behinderter Menschen in Österreich erwartet. Diese Hoffnungen haben sich im großen und ganzen leider nicht erfüllt. Das Buch wurde zwar von Fachleuten aus der Praxis, von Betreuern und Betreuerinnen, aber auch von der Fachpresse sehr positiv aufgenommen. Besonders freut mich, daß es mittlerweile in den diversen Ausbildungslehrgängen Aufnahme und Verwendung gefunden hat.

Den für die Sozialpolitik Verantwortlichen und den Vertretern verschiedener Trägerorganisationen scheint seine Existenz jedoch mehr Peinlichkeit als Freude zu bereiten. Sie reagierten mit dem

bewährten österreichischen Hausmittel "net amol ignorieren", frei nach dem Motto: "Die Hunde bellen, doch die Karawane zieht weiter." Das ist für mich persönlich nicht weiter schlimm, wenn es mich auch nicht gerade froh macht. Aber wer je versucht hat, gewissermaßen als Außenseiter, in einem Feld, wo sich die "berufenen" Experten und Expertinnen auf die Füße treten, eine kritische Meinung zu veröffentlichen, weiß um die "abklärende" und ernüchternde Wirkung eines solchen Unterfangens Bescheid. Daß meine Hypothese aber immerhin auch in jenen heiligen Hallen, wo sich das Wohl und Wehe geistig behinderter Menschen in diesem Land letztlich entscheidet, nicht ganz ohne Eindruck geblieben war, zeigte sich doch hin und wieder - wenn auch meist in wenig freundlichen Reaktionen.

Man könnte ein solches Verhalten als menschlich verständlich abtun und vergessen. Kritik, auch wohlmeinende und konstruktive, wurde und wird von manchen Leuten schon immer gerne als "Nestbeschmutzung" mißverstanden. Das hat den unschätzbaren Vorteil, daß man sich mit ihr nicht weiter auseinandersetzen muß. Andererseits kann es natürlich auch dahingehend interpretiert werden, daß an den Vermutungen doch was dran ist, daß die Karawane tatsächlich weiterzieht. Fragt sich nur, wohin? Die offiziellen Stellen und die meisten Trägerorganisationen tun jedenfalls nach wie vor wenig dazu, diesbezüglich Klarheit zu schaffen.

Ich sollte an dieser Stelle vielleicht anmerken, daß es in der zur Verfügung stehenden Zeit leider nicht möglich ist, ohne eine Reihe von Vereinfachungen und Pauschalierungen auszukommen. Ich bitte Sie, meine Äußerungen nicht als eine generelle Verteufelung der Behindertenpolitik zu sehen oder gar als eine Abwertung der Arbeit derjenigen von Ihnen, die in der Praxis stehen. Was ich versuche, ist auf einen allgemeinen Entwicklungstrend aufmerksam zu machen, dessen Richtung sich meiner Meinung nach immer deutlicher abzeichnet. Meine direkten Beobachtungen beschränken sich im übrigen auf den Osten Österreichs.

Betrachtet man die neuere Geschichte des Umganges mit geistig behinderten Menschen in Österreich, so erscheint die Entwicklung in Richtung auf ein duales Betreuungssystem nicht nur nicht überraschend, sondern geradezu logisch. Der Normalisierungsgedanke hat bei uns, außer bei einer Minderheit, nie wirklich Fuß fassen können. Über lange Zeit bewußtseinsbildende und prägende Persönlichkeiten, wie etwa Professor Rett, aber auch andere, haben z.B. aus ihrer Skepsis gegenüber dem Normalisierungsprinzip, der Integration für ALLE nie ein Hehl gemacht. Studien bestätigten darüber hinaus wiederholt eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung für die Unterbringung geistig behinderter Menschen in Heimen. So waren an der zu Mitte der achtziger Jahre gebildeten Plattform zur Ausarbeitung der sogenannten "Leitbilder zum Wohnen geistig behinderter Menschen in Österreich" zwar formal Vertreter aus vielen wichtigen Organisationen beteiligt. Wirklich mitgetragen und übernommen wurden diese Richtlinien aber nur von wenigen.

Die Phase, in der zum Teil tatsächlich engagierte, zum Teil sicher auch nur halbherzige Versuche unternommen wurden, Projekte zur Unterbringung geistig behinderter Menschen an den Erfordernissen der "Leitlinien" auszurichten, dürfte vorbei sein. Es scheint vielmehr so, als ob hinter manchen verschlossenen Türen die geistige Wende bereits vollzogen worden wäre, als ob sich viele Verantwortliche von den damaligen Ideen längst wieder verabschiedet hätten. Geblieben ist von dieser Aufbruchzeit jedoch ein Vokabular, ohne das auch die offenen oder heimlichen Befürworter einer "Zweiklassentheorie" nicht mehr auskommen können: Begriffe wie Integration und Normalisierung gehören mittlerweile zum fixen Repertoire von "Behindertenexperten/innen und Sozialpolitikern/innen", ganz egal welche Richtung sie vertreten.

Dieser Widerspruch zwischen theoretischer Fassade und innerer Einstellung führt jedoch geradezu zwangsläufig in ein weiteres Dilemma, nämlich jenem breiten Auseinanderklaffen zwischen öffentlicher Rechtfertigung und einer der Öffentlichkeit nur verschleiert vorgeführten Praxis, wie ich sie eingangs beschrieben habe. Es ist riskant, seine wahren Absichten und Pläne wirklich offenzulegen. Größere und auch mittlere Wohnheime widersprechen nun einmal den in den "Leitlinien" festgelegten Prinzipien und sind so von einem aufgeklärten Fachpublikum jederzeit als reaktionär zu brandmarken.

Das ist für mich einer der Gründe, wenn auch nicht der einzige, warum ich glaube, daß es an der Zeit wäre, die derzeitige Situation grundsätzlich neu zu überdenken, einen Versuch zu unternehmen, aus dem Ghetto festgefahrener Positionen auszubrechen und neue Wege zu gehen. Ich möchte daher an diesem Punkt die Frage aufwerfen, ob es nicht im Sinne einer Annäherung von theoretischem Anspruch und praktischer Ausführbarkeit besser wäre, das Konzept der Unterbringung geistig behinderter Menschen in einem weiteren Rahmen abzuhandeln, als es die "Leitlinien" vorsehen und erlauben.

Die idealistische Position, die dort vertreten wird, zwingt, aufgrund der realen politischen und bewußtseinsmäßigen Verhältnisse, offenbar diejenigen, die diese Forderungen nicht erfüllen können oder wollen, quasi in den Untergrund der Doppelmoral auszuweichen. Die Folge ist, daß Lösungsmöglichkeiten, die sich in dem breiten Feld unterhalb der idealen Position der "Leitlinien" anbieten würden, öffentlich als nicht salonfähig gelten. Und damit unterbleibt leider auch eine

fruchtbare Auseinandersetzung über mögliche Übergangsformen oder sinnvolle Alternativformen zum Normalisierungsprinzip.

Nur in einem offenen Gesprächsklima ist es aber vorstellbar, Übergangslösungen zu entwerfen, die nicht von Haus aus dazu bestimmt sind, in der Sackgasse der Aufbewahrung geistig behinderter Menschen zu münden. Auch für mittlere und große Einrichtungen sind Konzepte denkbar, die sie in einen intensiveren Austausch mit ihrer Umwelt bringen, als sie dazu jetzt in der Lage sind. Ich möchte hier nur stellvertretend auf das Hamburger Modell verweisen, wo die für österreichische Verhältnisse riesige Alsterdorfer-Anstalt weiterhin sowohl als Wohnheim dient als auch Anlaufstelle für ein mittlerweile weitverzweigtes Netz von Außenwohnungen ist. Hinzugefügt werden muß, daß dieses System selbstverständlich auf einem Grundkonzept aufbaut, an dem sich alle Veränderungen zu orientieren haben.

Diskussionen um diese Problematik werden in Deutschland seit Jahren geführt und haben dort meiner Meinung nach durchaus positive - wenn auch nicht unumstrittene - Ergebnisse gebracht. Einer der bekanntesten ursprünglichen Befürworter einer ähnlichen Richtung, Christian Gaedt, ärztlicher Leiter der Neuerkeröder Anstalten, warnt mittlerweile allerdings vor der Gefahr der Entstehung von Ghettos für schwerstbehinderte Menschen. Die Erfahrung zeigt, so meint Gaedt, daß durch das duale Betreuungssystem ein schleicher Ausleseprozeß in Gang kommt, als dessen Folge die Konzentration schwerbehinderter und verhaltensauffälliger Menschen in den großen Anstalten zunimmt. Mit einer ähnlichen Entwicklung wäre auch in Österreich zu rechnen - soweit diese Situation nicht schon eingetreten ist.

Was die Umsetzung, wenigstens der wesentlichen Punkte, des Normalisierungsgedankens betrifft, sieht es in Österreich, im Vergleich zu anderen westeuropäischen Ländern, nicht allzu gut aus. Ja, die Normalisierung ist, in ihrem eigentlichen Anspruch, alle Menschen mit geistiger Behinderung mit einzuschließen, aus meiner Sicht in einer existentiellen Krise. Daran ändern auch Oasen punktuellen Fortschritts wenig. Für die Masse der Menschen mit geistiger Behinderung zeichnen sich weder auf dem Wohnungssektor noch hinsichtlich ihrer beruflichen Integration befriedigende Lösungen ab. Möglicherweise sind wir bereits an jenem kritischen Punkt angelangt, an dem sich gerade noch einmal darüber nachdenken ließe, welcher Weg in Österreich eingeschlagen werden soll, bevor die Karawane endgültig weitergezogen ist.

Ich persönlich bin davon überzeugt, daß geistig behinderte Menschen, solange sie in Großeinrichtungen des derzeitigen Zuschnitts mehr oder weniger isoliert von den nichtbehinderten Menschen leben, nicht wirklich in ihrem So-Sein von der Gesellschaft als gleichwertig anerkannt werden. Möglicherweise wird es zwar vielleicht einmal als "normal" gelten, daß geistig behinderte Menschen in Heimen leben, so wie es mittlerweile für alte Menschen als normal gilt, den Lebensabend im Altersheim zu verbringen. Nur mit Normalisierung im ursprünglichen Wortsinn hätte das wenig zu tun. Ich glaube, daß bei einer nüchternen Betrachtung der gesellschaftlichen Voraussetzungen und vor allem angesichts des riesigen Bedarfs an entsprechenden Wohn- und Arbeitsplätzen (in Österreich leben ca. 50 000 geistig behinderte Menschen) wenig Grund zum Optimismus hinsichtlich einer raschen und umfassenden Integration besteht.

Die "Stimmung im Volk" und damit der politische Wille weisen eher in Richtung einer Ja-aber-Integration, das heißt, in Richtung eines dualen Betreuungssystems.

Unter den derzeitigen Gegebenheiten würde das wahrscheinlich darauf hinauslaufen, daß zwanzig vielleicht dreißig Prozent der Menschen mit geistiger Behinderung so etwas wie ein "normales" Leben führen könnten, während der Rest, d.h. in Wirklichkeit die Masse, weiterhin am Rande der Gesellschaft angesiedelt bliebe. Es ist ferner anzunehmen, daß unter diesen Bedingungen ebenfalls ein Selektionsprozeß hinsichtlich der sozialen Anpassungsfähigkeit stattfinden würde.

Ich denke, es wäre an der Zeit, die bisher heimlichen Befürworter eines dualen Betreuungssystems, und damit auch der Existenz von mittleren und größeren Wohnheimen, aus ihrer theoretischen Isolation zu entlassen. Nicht um ihnen den Segen und volle Absolution für ihr Tun zu erteilen, sondern um mit ihnen gemeinsam neue Wege zu finden. Die Vorteile einer solchen Zusammenarbeit zwischen Anhängern der "reinen Lehre" und dem "pragmatischen Flügel" lägen unter anderem in realitätsnäheren Zukunftsperspektiven für behinderte Menschen, ihre Angehörigen und BetreuerInnen. Durch eine größere Transparenz der Vorgänge wären auch unerwünschte Entwicklungen frühzeitig erkennbar, kontrollierbar und leichter zu verhindern. Nicht zuletzt, denke ich, würde aber eine offene Gesprächskultur auf jene Teile der Betreuerschaft ermutigend wirken, die sich dem Normalisierungsprinzip verpflichtet fühlen und die ihre Energien oft in mehr oder weniger hoffnungslosen Kämpfen erschöpfen, um früher oder später doch zu resignieren. Es dürfte kein Zufall sein, daß wohl in kaum einem Bereich der sozialen Tätigkeit mehr Menschen unter Burn-out-Symptomen leiden als in der Betreuung geistig behinderter Menschen.

Die entscheidende Frage, die sich für mich in diesem Zusammenhang stellt, ist daher nicht in erster Linie die, wie das Normalisierungsprinzip so schnell wie möglich verwirklicht werden kann. Sie lautet vielmehr: Wie kann es gelingen, das gesellschaftliche Problem des Umganges mit geistig behinderten Menschen auf die Grundlage eines möglichst breiten theoretischen Konzeptes und damit eines gesellschaftlichen Konsenses zu stellen, ohne das langfristige Ziel der gesellschaftlichen Integration aller Menschen mit geistiger Behinderung aufzugeben? Der Ausgangspunkt und Zielpunkt für alle Überlegungen muß das Normalisierungsprinzip sein und bleiben. Vermutlich ist jedoch für seine völlige Realisierung ein viel längerer Zeitraum zu veranschlagen, als ursprünglich vorauszusehen war. Aus diesem Grund halte ich es für sinnvoll und wünschenswert, für den Moment nicht unbedingt auf der "reinen Lehre" zu beharren, sondern auch davon abweichende Modelle gesprächsfähig zu machen. Unabdingbare Voraussetzung für eine solche Kursänderung wäre allerdings sowohl ein öffentliches wie auch ein offenes Gesprächsklima, in dem alle unmittelbar beteiligten und interessierten Menschen ihre Meinung einbringen können. PolitikerInnen und VertreterInnen offizieller Einrichtungen sind aufgefordert, sich auf einen Dialog mit der Betreuerschaft und den Eltern einzulassen und sie in ihre Planungen mit einzubeziehen. Wie das Beispiel des Werdeganges der schulischen Integration zeigt, ist auf der Ebene der Betroffenen und der Praktiker ein beträchtliches Maß an Engagement und Know-how versammelt, das von den "Experten" oft viel zu wenig beachtet und genutzt wird.

Gerade dieser so wichtige Erfolg auf dem Bildungssektor müßte aber ein ermutigendes Vorbild für entsprechende Maßnahmen auf der Ebene der erwachsenen Menschen sein. Trotz aller Mängel, die dem Modell der schulischen Integration behinderter Menschen in seiner Anfangsphase noch anhaften, kann nur auf diese Art und Weise eine auf lange Sicht wirklich stabile Bewußtseinsveränderung herbeigeführt werden. Ähnliche Professionalität und Ausdauer, ähnliches Verantwortungsbewußtsein wie sie bei der Durchsetzung dieses Anliegens vor allem von der "Basis" gezeigt wurde, ist auch für die Neugestaltung der Lebenssituation erwachsener Menschen mit geistiger Behinderung eine unabdingbare Notwendigkeit.